

Autorin: Sigrid Kroismayr
Institute for Multilevel Governance and Development
sigrid.kroismayr@wu.ac.at

Titel: Die ökologische Krise und ihre Bedeutung für Arbeitsmarkt und Sozialstaat

Das Recht auf Arbeit ist ein soziales Recht, dass in Österreich nicht in der Verfassung verankert ist, aber in internationalen Menschenrechtsdokumenten Erwähnung findet, wie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (Artikel 23), im Internationalen Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Artikel 6) und der Europäischen Sozialcharta (Artikel 1).

Das Recht auf ein gutes Leben ist in diesem Wortlaut nicht in internationalen Rechtsdokumenten zu finden. Hier scheint die aus der Zivilgesellschaft und immer häufiger auch von Interessensvertretungen (Gewerkschaft und Arbeiterkammer) geäußerte Forderung nach einem „Guten Leben für alle“ in einen Rechtsanspruch transformiert worden zu sein. In Bezug auf internationale Rechtsdokumente würde dem das „Recht auf einen angemessenen Lebensstandard“ in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (Artikel 25) sowie im Internationalen Pakt der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte (Artikel 11) entsprechen. Außerdem anerkennt die UN-Kinderrechtskonvention (Artikel 27) das Recht jedes Kindes auf einen seiner körperlichen, geistigen, seelischen, sittlichen und sozialen Entwicklung angemessenen Lebensstandard an.

Im Vortrag sollen diese zwei bestehenden Rechtsansprüche aufgegriffen und in Beziehung zur gegenwärtigen Klimakrise gestellt werden, denn ohne Berücksichtigung der Klimaveränderungen und den schon deutlich spürbaren Folgen wie der Zunahme von Hitze und Trockenheit, Extremwetterphänomenen wie Überschwemmungen und Stürmen, lässt sich nicht sinnvoll über Arbeitsmarktfragen und Fragen zur sozialen Sicherheit diskutieren. Im 21. Jahrhundert muss die soziale Frage mit ökologischen Fragen in Beziehung gesetzt werden. Denn Umweltprobleme sind im Kern soziale Probleme, die vor allem durch Einkommens- und Machtungleichheit entstehen und soziale Ungleichheit generieren.

Dies bedeutet, dass eine zukünftige Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik?

- 1) Abkehr von Dogma des Wirtschaftswachstums, da es emissionssteigernd wirkt. Dies bedeutet nicht, dass man Wachstum generell ablehnt. Solange Wachstum an zusätzlichen Ressourcenverbrauch gebunden ist, ist es zu hinterfragen.
- 2) Abkehr von einer Lobbyarbeit, die sich für klimaschädliche Projekt unter dem Argument der Arbeitsplatzsicherheit einsetzt.
- 3) Abkehr von der „Normal“-Arbeitszeit: Seit Anfang der 1990er-Jahre stagniert das Ausmaß der Vollzeitwerbstätigkeit. Aus ökologischer Sicht sollten wir jedoch weniger arbeiten, denn das Ausmaß der Arbeitszeit korreliert stark positiv mit CO₂-Emissionen. Allerdings gibt es hier unterschiedliche Effekte zu berücksichtigen, je nachdem ob man die Wochen-, Jahres- oder Lebensarbeitszeit verkürzt. Grundsätzlich kann eine Verkürzung der Arbeitszeit zu einer „Mehrfachdividendenpolitik“ (Sigrid Stagl) beitragen, die zu mehr Lebensqualität und geringerer Arbeitslosigkeit sowie zur Emissionsminderung beiträgt.
- 4) Abkehr von einem einseitigen Arbeitsverständnis in der Arbeitsmarktpolitik: Die derzeitige Arbeitsmarktpolitik legt den Fokus auf die Erwerbsarbeit. Tatsächlich wäre es jedoch wichtig, die Erwerbsarbeit immer in Verbindung mit anderen Arbeitsformen wie Reproduktionsarbeit oder

ehrenamtliche Arbeit zu sehen, die in einer ressourcenschonenden Weise einen gesellschaftlichen Mehrwert produzieren und in einem hohen Grade sinnstiftend ist und uns dadurch resilienter gegen Konsumverführungen machen. In diesem Zusammenhang wäre eine Arbeitsmarktpolitik erforderlich, die sich für eine geschlechtergerechte Verteilung der Care-Arbeit in der privaten Sphäre einsetzt, damit sich das Zeitausmaß von Erwerbsarbeit und Familienarbeit zwischen Männern und Frauen angleicht. Dies trägt zur Hebung der Beziehungsqualität bei, zu einer besseren Vater-Kind-Beziehung und würde die enormen Unterschiede zwischen den Geschlechtern bezüglich der sozialen Sicherheit minimieren (z. B. Gender-Pension-Gap).

- 5) Förderung öffentlicher Infrastruktur: Die Pandemie hat es schon gezeigt und die Ökokrise wird es noch deutlicher machen. Der Zugang zu öffentlicher Infrastruktur ist zentral, um die Sicherheit und Lebensqualität der Bevölkerung sozialverträglich zu organisieren. Dies betrifft grundlegende soziale Rechte wie das Recht auf Nahrung, Wohnung, Bildung oder Gesundheit, aber auch Mobilität (Radwege, öffentlicher Verkehr) oder öffentliche Freizeiteinrichtungen wie Parks, Bäder oder Bibliotheken. In diesem Sinne waren die öffentlichen Einrichtungen des „Roten Wien“ der 1920er-Jahre nicht nur in Bezug auf „soziale Frage“ vorbildgebend, sondern es wurden aus heutiger Sicht auch in ökologischer Hinsicht die richtigen Akzente gesetzt.

Daraus ist zu schließen, dass eine Arbeitsmarktpolitik im traditionellen Sinne zu kurz greift, um die Herausforderungen der Zukunft angemessen zu adressieren und vor allem, um tatsächlich ein „gutes Leben“ zu ermöglichen. Im Vortrag sollen die angesprochenen Punkte vertieft werden.